

Finanzreformen in der Bundesrepublik Deutschland

Analyse der Veränderungen der Finanzverfassung
von 1949 bis 1989

Von

Torsten Schmidt



G

Duncker & Humblot • Berlin

Inhaltsverzeichnis

Problemstellung und Aufbau

Die Bedeutung der bisherigen Reformen für die gegenwärtigen Reformvorschläge 15

1. Die gegenwärtigen Reformvorschläge für den deutschen Bundesstaat 15
2. Bisherige Erklärungsansätze der bundesstaatlichen Reformen in Deutschland 17
3. Der Beitrag der Organisationsökonomik 21

Erstes Kapitel

Die Entwicklung des deutschen Bundesstaates 25

1. Aufbau und Veränderungen der bundesstaatlichen Ordnung 25
 - 1.1. Festlegung der bundesstaatlichen Ordnung 25
 - 1.2. Veränderungen bei den Einnahmenkompetenzen 30
 - 1.3. Veränderungen bei den Aufgabenkompetenzen 35
2. Quantitative Entwicklung der Finanzen von Bund und Ländern . . . 38
 - 2.1. Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben 38
 - 2.2. Ausgewählte Einnahmenarten 43
 - 2.3. Ausgewählte Aufgabenarten 48
3. Zusammenfassung 55

Zweites Kapitel

Organisationsökonomische Grundlagen einer Analyse des deutschen Bundesstaates 58

1. Theoretische Grundlagen einer Organisationsökonomik des öffentlichen Sektors. 58

1.1.	Organisationen im öffentlichen Sektor.	58
1.2.	Verhalten der Akteure des öffentlichen Sektors.	63
1.3.	Dimensionen der Transaktionen.	65
1.4.	Transaktionskosten.	68
2.	Basisinstitutionen des Grundgesetzes.	70
2.1.	Organisationen des deutschen Bundesstaates.	70
2.2.	Koordinationsmechanismen.	72
3.	Akteure des deutschen Bundesstaates.	75
3.1.	Bundesregierung.	75
3.2.	Landesregierungen.	77
3.3.	Verwaltungen.	79
4.	Eigenschaften öffentlicher Aufgaben.	81
5.	Erklärungsschema der bundesstaatlichen Reformen.	83

Drittes Kapitel

	Gründe der Umverteilung von Einnahmenkompetenzen.	87
1.	Veränderungen bei den Steuergesetzgebungskompetenzen.	87
1.1.	Ausgangslage bei der Kompetenzverteilung.	87
1.2.	Alternativen aus Sicht der Landesregierungen.	92
1.3.	Position der Bundesregierung.	94
2.	Einnahmenverteilung zwischen Bund und Ländern.	96
2.1.	Bund-Länder-Verhandlungen.	96
2.2.	Gesetzliche Änderungen der Einnahmenverteilung.	100
2.3.	Zuordnung der Durchführungskompetenzen.	103
3.	Einführung und Reformen des Länderfinanzausgleichs.	105
3.1.	Verhandlungen über einen Länderfinanzausgleich.	105
3.2.	Ermittlung der Finanzkraft.	108
3.3.	Ermittlung des Finanzbedarfs.	110
3.4.	Festlegung der Umverteilungshöhe.	113
4.	Verbindung von horizontalem und vertikalem Finanzausgleich.	115
5.	Zusammenfassung der Gründe für die Umverteilung von Einnahmenkompetenzen.	118

Viertes Kapitel

	Gründe der Neuverteilung von Aufgabenkompetenzen	121
1.	Gesetzgebungskompetenzen	121
1.1.	Verlagerungen bei ordnungspolitischen Aufgaben	121
1.2.	Verlagerungen bei allokativen Aufgaben	126
1.3.	Verlagerungen bei redistributiven Aufgaben	131
1.4.	Zuordnung der Stabilisierungsaufgabe	134
2.	Finanzierungskompetenzen	136
2.1.	Zuordnung der Finanzierungskompetenz	136
2.2.	Lohnverhandlungen im öffentlichen Dienst	139
3.	Durchführungskompetenzen	143
3.1.	Ausgestaltung der Durchführungskompetenz	143
3.2.	Einführung gebundener Zuweisungen	149
3.3.	Verlagerung der Durchführungskompetenz im Bereich der Geldleistungsgesetze	152
3.4.	Einführung der Gemeinschaftsaufgaben	155
4.	Zusammenfassung der Gründe für die Umverteilung von Aufgabenkompetenzen	159

Fünftes Kapitel

Zusammenfassung	162
------------------------	-----

Anhänge	169
----------------	-----

1.	Ausgewählte Artikel des Grundgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1949	170
2.	Beziehung zwischen ausgewählten Finanzreihen von Bund und Ländern	180
3.	Modelle zum Steuerwettbewerb	191
4.	Modelle zur Kompetenzverteilung bei allokativen Aufgaben	198

Literaturverzeichnis	202
-----------------------------	-----